

Europas Suche nach einer neuen außenpolitischen Rolle

Seit Ende der 1990er Jahre hat die Europäische Union auf einem Gebiet wachsende Gestaltungsmacht erlangt und Präsenz gezeigt, welches den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft bislang besonders heilig war – der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Heute gehört dieser Bereich zu den Feldern der Europäischen Union, auf dem mit die größte Integrationsdynamik zu beobachten ist.

Wenn die Ergebnisse des europäischen Gipfelmarathons vom Dezember 2000 auch insgesamt als unzureichend interpretiert worden sind, werden zumindest die im Bereich der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vereinbarten Veränderungen doch als Erfolg gesehen.¹ Die Chancen und Probleme dieser neuen Dynamik lassen sich fast täglich in den Medien verfolgen und spiegeln sich natürlich auch in der wissenschaftlichen Diskussion wider.² In diesem Sinne bot die internationale Tagung in Mannheim sowohl eine Bestandsaufnahme als auch sehr interessante Anstöße für die künftigen Debatten in Wissenschaft und Politik zu diesem Thema.

Europa: Partner oder Konkurrent?

Nach einer allgemeinen Einführung in das Thema durch *Michèle Knodt*, eröffnete *Sebastian Bartsch* den ersten Themenblock „Europe as Partner or Competitor?“. Bartsch referierte zu der Rolle von Wirtschaftssanktionen in der EU- und der US-amerikanischen Außenpolitik im Vergleich. Er ging dabei der Frage nach, ob und wenn ja, wie dieses Verhältnis von Konflikten oder Annäherungen geprägt war und heute noch bestimmt ist. Einleitend betonte Bartsch, dass Wirtschaftssanktionen seit jeher zu den am meisten umstrittenen Instrumenten der Außenpolitik gehörten; besonders die Frage nach der Wirksamkeit war und ist politisch wie wissenschaftlich umstritten. Er machte dabei klar, dass sie seiner Meinung nach aber wichtige und unverzichtbare Bestandteile der außenpolitischen „Tool box“ seien – und in einer globalisierten Weltwirtschaft sei die transatlantische

Towards an Assertive Europe: EU's International Presence

Internationale Konferenz des Arbeitskreises Europäische Integration, Bonn mit Unterstützung der Europäischen Kommission und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), 21.-22. Februar 2001

Wissenschaftliche Leitung:

Dr. Michèle KNOTD, Universität Mannheim

The Role of Economic Sanctions in EU and U.S. Foreign Policy: Enduring Conflict or Convergence?

Dr. Sebastian BARTSCH, European University Institute, Florenz

Europe and America – Partners or Competitors?
Hans SCHAUER, Botschafter a. D.

Strategic New Partnerships – EU-China Relations

Franco ALGIERI, CAP, München
Su Ling Tseng, University of Birmingham

European Autonomy Tamed: New Relationships between CESDP, NATO, WEU and OSCE?
Prof. Dr. Simon DUKE, EIPA, Maastricht

Washington – Paris – Brussels: The EU's Role in Foreign Aid Co-ordination

Dr. Thomas CONZELMANN, Universität Mannheim

Bringing Civil Society into Foreign Trade Policy
Haitze SIEMERS, DG Trade, European Commission

The Complex Gestation of a Viable CESDP
Prof. Dr. Jolyon HOWORTH, University Bath

Setting Signals for European Foreign and Security Policy – Discussing Differentiation and Flexibility

Franco ALGIERI, CAP, München

The EU's Mediterranean Policy

PD Dr. Annette Jünemann, Universität GH Kassel

Abstimmung und Verständigung dabei besonders wichtig. Interessanterweise, so Bartsch, seien der Ost-West-Handel, die Export-Kontrollpolitik und Sanktionen das Feld gewesen, auf dem in den 1950er Jahren die Wurzeln eines wachsenden Selbstbewusstseins gegenüber den USA gelegt worden seien: Während die Vereinigten Staaten beharrlich Handel verweigerten und einen Wirtschaftskrieg gegen den Sowjetblock betrieben hätten, seien die Europäer – Wirtschaft und politische Elite gleichermaßen – an einem regen Handel mit dem Osten interessiert gewesen. Dieses Muster habe sich im Großen und Ganzen bis zum Ende des Ost-West-Konflikts gehalten. So erklärt sich auch die unterschiedlich häufige Anwendung von Wirtschaftssanktionen: von allen Sanktionen, die zwischen 1945 und 1990 verhängt worden sind, gehen mehr als zwei Drittel auf die USA zurück. Aber nicht nur, dass die Europäer weniger häufig Wirtschaftssanktionen angestrengt hätten, sie lehnten es häufig auch ab, sich den Maßnahmen der USA anzuschließen und diese zu unterstützen – sie boten sich umgekehrt vielmehr den mit Sanktionen bedrohten Staaten als „alternative Handelspartner“ an. Dies gehe, so zitiert Bartsch die wissenschaftliche Literatur, zurück auf eine „beinahe doktrinäre Abneigung der Europäer, Sanktionen als Mittel anzusehen, um mit Widersachern umzugehen“.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich die Parameter grundlegend verändert – trotzdem lassen sich im transatlantischen Vergleich der Sanktionspolitik, so Bartsch, deutliche Unterschiede ausmachen: die USA sind nach wie vor das Land, das die meisten Sanktionen verhängt (im Verhältnis zu Europa sind besonders die Gesetze ILSA und Helms-Burton von Bedeutung, da sie sich auch gegen nicht-amerikanische Firmen richten, die Handel mit entsprechenden Ländern treiben). Ein wesentlicher Unterschied besteht auch in dem ungleich verteilten militärischen Drohpotential, das hinter den USA und der Europäischen Union als jeweils kollektiven außenpolitischen Akteuren stehe. Diese Ungleichheit in der politischen Geschlossenheit wurde auch in der anschließenden Diskussion thematisiert.

An die Unterschiede zwischen den USA und Europa knüpfte *Hans Schauer* mit der Frage an, ob diese „Rivalen oder Partner?“ seien.³ Er wies dabei auf Asymmetrien besonderer Art hin: die der Wahrnehmung und der Bedeutung, die man auf beiden Seiten des Atlantiks dem Partner jeweils zukommen lasse. Europa sei in der US-amerikanischen Administration und Öffentlichkeit im Moment kein Thema, das besonders große Aufmerksamkeit erzeuge – im Unterschied zu Europa, wo „National Missile Defense“ (NMD) und das Verhältnis von NATO zur Europäischen Union sehr viel mehr Aufmerksamkeit erzeuge. Aber auch die systemischen und politischen Unterschiede zwischen den USA und der Europäischen Union („completely different“) sind nach Schauers Meinung besonders wichtig, will man die politischen und auch wirtschaftlichen transatlantischen Beziehungen verstehen. Dazu gehöre auch das Verhältnis von NATO und militärischem Arm der Europäischen Union, der Aufbau einer 60 000 Mann starken europäischen Eingreiftruppe ebenso wie die Nutzung militärischer Einrichtungen der NATO. Schauer geht davon aus, dass es „noch ein langer Weg“ sei, ehe Europa als eigenständige militärische Macht international oder regional in Erscheinung treten könne – auch und vor allem weil es in den europäischen Hauptstädten an politischem Willen mangle, für militärische Zwecke mehr Geld auszugeben. Die Europäische Union solle deshalb realistisch bleiben und zunächst ihr ökonomisches Gewicht politisch einsetzen. Das Ziel der Europäer, so Schauer abschließend, müsse eine starke, nicht eine „junior partnership“ mit den Vereinigten Staaten sein.

Mit den Beziehungen der Europäischen Union zu China setzten sich *Franco Algieri* und *Su King Tseng* auseinander. Algieri stellte dabei einleitend klar, dass der Begriff der „strategic new partnership“ vor allem von chinesischer Seite geprägt worden sei. Nach einer historischen Einordnung der europäisch-chinesischen Beziehungen, die immer auch geprägt waren vom Verhältnis der USA zu China, ging Algieri auf die aktuelle Situation ein. Er machte dabei deutlich, dass die China-Politik der Europäischen Union als Teil der breiter angelegten Asienpolitik zu verstehen sei (ASEM), das vor

allem auch durch die wirtschaftlichen Beziehungen der Regionen und durch neue Rahmenbedingungen (Einführung des Euro, Einbindung Chinas in die WTO) geprägt sei. Besonders die Kommission und ihre Vertreter (Leon Brittan und jetzt Pascal Lamy) seien, was die Ausrichtung der europäisch-chinesischen Beziehungen angehe, federführend. Su Ling Tseng schloss ihre Ausführungen hier an und machte deutlich, dass erst mit dem Ende des Kalten Krieges die Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und China an Bedeutung gewonnen habe (unterbrochen nach der gewaltsamen Niederschlagung der Studentenproteste auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ 1989). Auch die Rolle der Wirtschaftssanktionen, die ihren Zweck nicht erfüllt hätten, und die Bedeutung von Menschenrechtskampagnen wurden angesprochen.

Bereiche und Arenen – schwer zu trennen

Am zweiten Tag der Konferenz setzten sich die Referenten mit dem Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen europäischer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auseinander. *Simon Duke* machte den Anfang mit seinem Beitrag, in dem er das Verhältnis von Gemeinsamer Europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der NATO, der WEU und der OSZE diskutierte. Allein diese Aufzählung mache deutlich, dass Sicherheit in einem breiten Verständnis „nicht das Monopol einer einzigen Organisation“ sei, so Duke. Die europäische Sicherheitsarchitektur zeichne sich vielmehr durch die Schaffung und Aufrechterhaltung von „complementary security structures“ aus. Im Unterschied zu den Zeiten des Kalten Krieges, als Sicherheit in Europa von zwei Verteidigungsallianzen geprägt gewesen sei, lägen die momentanen sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht bei solchen defensiv orientierten Bündnissen, da die Mehrzahl der (potentiellen) militärischen Konflikte nicht zwischenstaatlich, sondern innerstaatlich geartet seien und die Verantwortung für Sicherheit nicht in der Hand einer einzigen Organisation oder politischen Macht liege. Die sich entwickelnde Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik könne deshalb

auch nur dann effektiv sein, wenn sie als „Teil eines nahtlosen Netzes von Optionen der Krisenbewältigung“ angelegt sei. Dazu zählt Duke Maßnahmen zur Krisenprävention, die Konzentration auf politische wie wirtschaftliche Aktionen (positive als auch negative) ebenso wie die Fähigkeit, glaubwürdig mit dem Einsatz von militärischer Gewalt zu drohen und sie (im Extremfall) auch einzusetzen. Dabei, so argumentierte Duke weiter, hänge die Effizienz eines solchen Netzwerkes nicht nur von der EU-internen Kohärenz ab, sondern ebenso von der externen Kohärenz der Sicherheitsorganisationen, die legitimerweise Verantwortung für regionale oder internationale Sicherheit übernehmen würden. Die einzelnen Schritte einer Integration im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik – St. Maló, Helsinki und Nizza –, seien aber möglicherweise leichter gewesen als das, was nun auf die Europäische Union zukomme: „The easy work has been done...“, so Duke abschließend.

Mit dem nicht-militärischen und von daher eher klassischen Bereich europäischer Außenbeziehungen, der Entwicklungspolitik, beschäftigte sich *Thomas Conzelmann* in seinem Referat. Dabei stellte er folgende Fragen: Wie kann die Europäische Union angesichts der nachlassenden Bedeutung des traditionellen Lomé-Regimes einerseits und der wachsenden Bedeutung der Konditionalität von Hilfe („good governance“) andererseits die daraus resultierende „Multiplizierung von Arenen“, auf denen Entwicklungspolitik bestimmt wird, eine größere internationale Rolle spielen? Conzelmann argumentierte, dass allein die Proliferation von Feldern und Arenen die Frage nach der Koordinierung von Entwicklungspolitik auf europäischer Ebene dringend werden lasse; dass bislang die zentralen Institutionen, in denen Koordination stattfand, von Entscheidungen der GASP (also Entscheidungen im Rahmen des intergouvernementalen Zweiten Pfeilers) oder Ideen und Strategien, die außerhalb der Europäischen Union, vor allem von OECD und Weltbank, abhängig waren; und schließlich, dass all dies zusammen die Europäische Union bislang davon abgehalten habe, als „assertive player“ im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auftreten zu kön-

nen. Conzelmann sprach dagegen von einem „Multi-Level System of Foreign Aid Co-ordination“. Dieses Mehrebenensystem sei gekennzeichnet durch ein „internal negotiation system“ (Koordinierung von entwicklungspolitischen Maßnahmen der Europäischen Union und den einzelnen Mitgliedstaaten) und ein „external negotiation system“, in dem die Koordinierung innerhalb und gegenüber internationalen Organisationen und Konferenzen zu leisten sei. Das Ergebnis dieses komplexen vertikalen und horizontalen Geflechts von Beziehungen seien, so Conzelmann in Anlehnung an eine Typologie von Arthur Benz, unterschiedliche Ideal- wie empirische Typen von „arena linkages“, die es der Europäischen Union ermöglichen sollen, auf diesem Feld eine eigenständige Politik zu verfolgen, die den unterschiedlichsten Anforderungen und Interessen gerecht werden kann.

Der Rolle der Zivilgesellschaft in der Außenpolitik, wie die Kommission sie sieht, widmete sich *Haitze Siemers* in seinem Vortrag. Er unterschied dabei drei Ebenen: erstens, die konkreten Beziehungen der Generaldirektion Handel zu zivilgesellschaftlichen Akteuren; zweitens, die Rolle der Zivilgesellschaft in diesem Politikfeld allgemein und drittens, die Fragen, die im Zusammenhang mit dem Weißbuch der Kommission zur „New Governance“ diskutiert werden. Siemers erinnerte daran, dass im Rahmen des WTO-Treffens in Seattle die Kommission erstmals in größerem Umfang auf die Unterstützung von Vertretern der Zivilgesellschaft zurückgegriffen und diese zur Teilnahme an der Delegation der Kommission eingeladen habe. Er machte auch deutlich, dass der Begriff „Zivilgesellschaft“ alles andere als klar sei – Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Sozialpartner wie Vertreter des Business stünden gleichermaßen hinter dieser Bezeichnung. Obwohl NGOs als besonders wichtig für die Legitimation internationaler Verhandlungen angesehen würden, sei nicht immer klar und nachvollziehbar, wie sie ihre Vertreter rekrutierten und welche Rolle sie im institutionellen Rahmen der Kommission konkret übernehmen könnten. Hier sei „Flexibilität“ bei allen Beteiligten, so Siemers abschließend, das Schlüsselwort. In der anschließenden Diskussion wur-

den kritische Fragen nach den möglichen Folgen für die Legitimität einer europäischen Politik, in die in wachsendem Maße Vertreter von NGOs und zivilgesellschaftliche Akteure eingebunden sind, aufgeworfen. Diese Gruppen stünden, so der Tenor einiger Diskussionsbeiträge, in Konkurrenz zu parlamentarisch und demokratisch legitimierten Organen wie etwa dem Europäischen Parlament. Hier seien ganz „klassische Fragen“ nach der guten politischen Ordnung aufgeworfen und zu beantworten (Beate Kohler-Koch). Siemers machte in seinen Antworten deutlich, dass die Kommission sich dieser Probleme durchaus bewusst sei und sie etwa die Chancengleichheit zivilgesellschaftlicher Gruppen beim Zugang zur Kommission im Rahmen von Pilotprojekten dadurch erhöhen wolle, dass sie die Teilnahme von NGOs an öffentlichen Anhörungen der Kommission finanziell unterstütze und damit erst möglich mache.

Eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa

Jolyon Howorth erinnerte in seinen Ausführungen eingangs daran, dass die Geschichte der europäischen Einigung mit den Themen Sicherheit und Verteidigung begonnen habe – die gemeinschaftliche Verwaltung von Kohle und Stahl im Rahmen der Montanunion sei vor allem ein Projekt zur Verhinderung eines neuen Krieges in Europa gewesen. Aber erst nach vielen Zwischenschritten und manchen Rückschlägen wie dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft EVG 1954 seien schließlich erst 1998 auf dem Gipfel von St. Maló die alten französisch-britischen Divergenzen in sicherheitspolitischen Fragen beseitigt worden – wenngleich auch nach wie vor noch einige Differenzen vorhanden seien. Für Frankreich sei die neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik primär ein europäisches, für Großbritannien dagegen ein atlantisches Projekt. Dies und eine Reihe noch zu klärender Fragen der institutionellen Ausgestaltung machte Howorth für die aktuellen Probleme verantwortlich. Eine Chance sieht er in der konsequenten Vergemeinschaftung: „‘Brusselisation‘ must happen“. Die Parallelität von intergouvernementalem und supranationalem

Prinzip, wie sie von Solana und Patten verkörpert würden, seien strukturell – auch wenn die amtierenden Vertreter einen *modus vivendi* gefunden hätten – auf Dauer nicht sinnvoll. Auch die Einbindung Deutschlands in die GESVP und die Existenz von 15 nationalen und zum Teil sehr unterschiedlichen „Sicherheitskulturen“ machten weitere Fortschritte auf diesem Gebiet mühsam – „the easy bit has been done“, so auch Howorth abschließend.

Dem Zusammenhang von europäischer Außen- und Sicherheitspolitik und dem Prinzip der Differenzierung ging *Franco Algeri* nach. Seiner Meinung nach sei es nicht angemessen, von einer *Gemeinsamen* ESVP zu sprechen; vielmehr sei von unterschiedlichen Koalitionen auszugehen. Angesichts der bevorstehenden Erweiterung schlug er ein Modell vor, das den Anforderungen an eine stärker heterogene Gemeinschaft entgegenkommen könne.⁴ Er unterschied dabei zwischen einer „Community Oriented Non-Military Closer Cooperation“ und einem Modell der „Regulated Flexibility“ bei militärischen Fragen. In dem nicht-militärischen Bereich der „closer cooperation“, also der erweiterten „alten“ GESVP plus nicht-militärischem Krisenmanagement, würde die Rolle der Europäischen Kommission gestärkt werden, die Kompetenzen des zuständigen Kommissars erweitert und die Anbindung an den Hohen Repräsentanten verbessert werden. Ebenso würde in diesem Modell der Hohe Repräsentant selber gestärkt werden, so dass er als „Gesicht und Stimme“ europäischer Außenpolitik wahrgenommen werden könnte. Auch das Europäische Parlament würde dann eine wesentlich prominentere Rolle spielen als bislang – auch und gerade, um die Legitimation europäischer Politik in diesem Bereich zu verbessern. Das Modell der „Regulated Flexibility“, so Algeri, trage der Tatsache Rechnung, dass die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, in militärischen Fragen eine „Vergemeinschaftung“ auf den Weg zu bringen, noch sehr gering sei und die intergouvernementale Methode daher besser geeignet sei. Flexible Reaktionen und Koalitionen von einzelnen Mitgliedstaaten in Krisensituationen innerhalb des Gemeinschaftsrahmens würden der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union als internationalem

Akteur dienen – auch wenn nicht alle oder nur eine Minderheit willig und in der Lage sei, an militärischen Aktionen sich zu beteiligen.

Mit der Mittelmeerpolitik der Europäischen Union setzte sich *Annette Jünemann* auseinander.⁵ Das Ende des Kalten Krieges und die sich daran anschließende Debatte um neue Bedrohungspotentiale im südlichen Mittelmeerraum und dem Nahen Osten waren die äußeren Anlässe, die die Europäische Union zu einer Anpassung ihrer Mittelmeerpolitik zwangen. In der Sicht einiger Mitgliedstaaten, so Jünemann, ging es auch darum, ein Gegengewicht zur erwarteten Balanceverschiebung durch die Osterweiterung zu setzen und eine Antwort auf die Globalisierung zu geben. Nach ersten Initiativen war es vor allem die Konferenz von Barcelona im November 1995, die durch die Verabschiedung einer Deklaration und eines Arbeitsprogramms den sogenannten „Barcelona-Prozess“ einleitete und in der Folgezeit den Rahmen für die euro-mediterranen Beziehungen absteckte. Eine Reihe von politischen Fragen und Problemen, die nicht unbedingt eng zusammenhingen, bestimmten den politischen Prozess. Ähnlich dem KSZE-Prozess waren die Bereiche auf drei „Körbe“ aufgeteilt worden, wobei der erste „Korb“ den Bereich Sicherheit einschloss, der zweite der Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen durch die Errichtung einer euro-mediterranen Freihandelszone gewidmet war und der dritte „Korb“ die Beziehungen in sozialen und kulturellen Fragen (Dialog der Kulturen und Religionen) regeln sollte. In dem letztgenannten Bereich wurden mehrere Programme aufgelegt, die einen „Demokratisierungsprozess von unten“ durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen fördern sollten. Da der Europäische Rechnungshof aber gerade bei diesen MED-Programmen 1996 eine Reihe von schwerwiegenden Fällen von Misswirtschaft und „Unregelmäßigkeiten“ feststellen musste, wurden sie gestoppt. Die neuen Programme der Kommission („new approach“), etwa im Bereich Zusammenarbeit von Medien, Wissenschaftsaustausch und zur Förderung der Jugendarbeit seien jetzt, so Jünemann insofern „weniger politisch“ als nur noch größere Projekte von der Gemeinschaft finanziert würden, die ohne die Mitwir-

kung staatlicher Stellen nicht möglich seien. Welche messbaren Wirkungen die Gemeinsame Mittelmeerstrategie haben werde, sei angesichts knapper werdender Mittel und den Problemen bei der Implementation aber im Moment schwer abzuschätzen.

Die Beiträge sowie die Diskussionen auf der Konferenz haben in beeindruckender Weise vor Augen geführt, welche enorme Dynamik in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-

politik steckt. Gleichzeitig wurde aber wiederholt auf die noch immer und wohl noch einige Zeit weiter wirkenden Positionsdifferenzen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten und Problemen im transatlantischen Verhältnis hingewiesen, so dass der von Duke und Howorth geprägte Schlusssatz ihrer Referate gewissermaßen als Motto für die Konferenz wie für die Zukunft der ESVP gelten kann – „the easy bit has been done...“.

Martin Große Hüttmann

Anmerkungen

1. Vgl. Simon Duke, 2001, *After the Applause Stops: Nice's Aftermath and the Prospects for CESDP*, in: *Eipascope* 1/2001, S. 24-26.
2. Vgl. dazu stellvertretend für viele Berichte und Analysen: „NATO: Obfuscation in Washington and Hypocrisy in Europe“, in: *International Herald Tribune* vom 12.12.2000; Rudolf Scharping, „Europa hat globale Verantwortung“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.03.2001; „Die Europäer stehen sich selbst im Weg“, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 09.04.2001; Erich Reiter, „Europas Verteidigungspolitik führt zu transatlantischen Spannungen: Abkoppelung, Duplizierung, Diskriminierung – die EU auf dem falschen Weg“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 28.03.2001; „Deutliche Kritik an der Außenpolitik der EU: Jahresbericht der IISS“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17.05.2001 und Jolyon Howorth, *European Integration and Defence: The Ultimate Challenge?* Chaillot Papers, No. 43, November 2000, Paris; House of Commons, *European Security and Defence Policy: Nice and Beyond*, International Affairs and Defence Section, Research Paper 01/50 (May 2001) bzw. die Beiträge von Elfriede Regelsberger und Martin Kremer/Uwe Schmalz in der „integration“, 2/2001.
3. So auch der gleichlautende Beitrag von Hans Schauer („Europa und Amerika – Rivalen oder Partner?“) in der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 29-30/1999, S. 12-21.
4. Vgl. dazu Franco Algieri und Janis A. Emmanouilidis, *Setting Signals for European Foreign and Security Policy – Discussing Differentiation and Flexibility*, Discussion Paper CAP, München, October 2000.
5. Vgl. dazu ausführlich Annette Jünemann, *Die EU und der Barcelona-Prozess – Bewertung und Perspektiven*, in: *integration*, 1/2001, S. 42-57.